



# FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament  
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament  
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.eu>  
<http://www.cdcsu.eu>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Straßburg, 20. Mai 2008

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

## **Für die Beseitigung der Asbestkosten in EP-Gebäuden muss die Stadt Straßburg aufkommen**

Als "Verwaltungsversagen erster Güte" hat die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräßle, Mitglied im Haushalts- und Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, die Asbestfunde in den 2006 von der Stadt Straßburg für 143,125 Mio. Euro übernommenen Gebäuden WIC, SDM und IPE3 in Straßburg bezeichnet. Die Parlamentsverwaltung und die für die Gebäude Verantwortlichen hatten im September 2006 versichert und in zwei Gutachten bestätigt, dass der Asbest in den Gebäuden nicht beseitigt zu werden braucht. Von "ungefährlichem Asbest" in technischen Gebäudeteilen sei damals die Rede gewesen, was keinen Renovierungsbedarf erfordere. Für das IPE3, das die Stadt Straßburg dem Parlament "geschenkt" habe, wurde sogar Asbestfreiheit festgestellt.

"Es hätte wohl keine Mehrheit für einen Kauf gegeben, wenn klar gewesen wäre, dass der Asbest heraus muss", kommentierte Inge Gräßle den jetzt vorgelegten Antrag der Parlamentsverwaltung auf eine Asbestsanierung der Gebäude. Das Parlamentspräsidium schlägt dem Haushaltsausschuss aktuell einen Transfer in 2008 von 1,1 Mio. Euro und eine Kostenübernahme im neuen Haushalt 2009 von 3,4 Mio. Euro vor. "Fahrlässig und leichtfertig" sei, so Inge Gräßle weiter, "dass zwischen Parlament und Straßburg strittig ist, wer die Kosten übernehmen muss". Man könne sich nur wundern, wie die Parlamentsverwaltung gearbeitet habe.

Die CDU-Europaabgeordnete weist zudem darauf hin, dass sie selbst eine Formulierung eines Anwalts und eine Kostenübernahme durch die Stadt Straßburg einzubringen versucht hatte für den Fall, dass der Asbest doch entfernt werden muss. Diesen Zusatz wies die Parlamentsverwaltung und der Verantwortliche für die Gebäudepolitik damals aber zurück. Das Verhalten von Parlamentsverwaltung und der Stadt sei ein "Bärendienst für den Parlamentssitz Straßburg: Die Asbestfrage wurde erst unter den Teppich gekehrt, die finanziellen Folgen bewusst im Unklaren gelassen und jetzt soll es der Steuerzahler richten", kritisierte Inge Gräßle, die eine Prüfung der Haftungsfrage fordert - auch bei den Beteiligten, die inzwischen ihren Ruhestand genießen.

### **Für weitere Informationen:**

**Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +33 - 388 - 177868**

---

**CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**  
Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)  
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder +32 - 478 - 21 53 72 (GSM)  
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)  
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044